

A1neu Für eine umfassende BAföG-Reform

Gremium: BuVo
Beschlussdatum: 13.10.2017
Tagesordnungspunkt: 3.3. inhaltliche Anträge
Status: Modifiziert

1 Nach der letzten BAföG Novelle 2014 klopfte sich die Bundesregierung auf die
2 Schulter, ein Meilenstein in der BAföG Anpassung sei geschafft. Auch wenn viele
3 wichtige Änderungen auf den Weg gebracht wurden, eine gute und gerechte
4 Ausbildungsförderung sieht anders aus.

5
6 Hätte die Bundesregierung den für 2016 anstehenden BAföG-Bericht nicht ausfallen
7 lassen, wäre es ihr vielleicht selbst aufgefallen. Die Gefördertenquote sinkt,
8 kaum noch jemand erhält den vollen BAföG-Satz und die gute wirtschaftliche Lage
9 der letzten Jahre wurde nicht dafür genutzt Menschen eine selbstbestimmte
10 Bildung zu ermöglichen, sondern auch beim BAföG de facto gekürzt.

11
12 Ein starkes BAföG ist zentral, um Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang und
13 gesellschaftliche Teilhabe an Bildung mit einem klaren Rechtsanspruch auf eine
14 bedarfsdeckende Studienfinanzierung zu ermöglichen. Es ist daher an der Zeit für
15 eine weitreichende Reform des BAföG.

16 17 EIN HÖHERES BAFÖG FÜR MEHR MENSCHEN

18
19 Um die faktische Entwertung der Ausbildungsförderung der letzten Jahre
20 auszugleichen, bedarf es eines sofortigen Inflationsausgleichs (Stand Anfang
21 2017: 6,5 %). Weiterhin ist eine regelmäßige, automatische und bedarfsdeckende
22 Anpassung der Bedarfssätze notwendig.

23
24 Die 21. Sozialerhebung hat gezeigt, dass Studierende monatlich durchschnittlich
25 rund 820 Euro für Miet-, Lebenshaltungs- und Studienkosten ausgeben. Der BAföG-
26 Höchstsatz liegt deutlich darunter und zwingt Studierende nebenher zu arbeiten.

27
28 Eine BAföG-Förderung muss gewährleisten, dass ein Studium bedarfsdeckend
29 finanziert werden kann. Die Bedarfssätze sind an den tatsächlichen Ausgaben für
30 ein Studium zu orientieren. Dieser Anspruch wird bisher nicht erfüllt.

31
32 Der Bezug von BAföG ist abhängig vom Einkommen der Eltern. Umso höher die
33 Freibeträge, umso mehr Studierenden wird ein Zugang zum BAföG ermöglicht. Da die
34 Freibeträge nicht regelmäßig angepasst werden und sich auch nicht an den realen
35 Bedarfen orientieren, fallen viele Studierende, die auf BAföG angewiesen sind,
36 aus der Förderung. Dies betrifft vor allem Studierende aus
37 Mittelschichtshaushalten. Die Erhöhung der Freibeträge ist deshalb dringend
38 nötig. Um allen Menschen ein Studium zu ermöglichen, sollte die
39 Elternabhängigkeit abgeschafft werden.

40 41 ANPASSUNG DES BAFÖG AN DIE LEBENSREALITÄT VON STUDIERENDEN.

42
43 Das BAföG als Herzstück der staatlichen Studienfinanzierung braucht neben

44 höheren Fördersätzen auch eine Strukturreform, um die Förderung an die
 45 veränderten Lebenswirklichkeiten der Studierenden anzupassen und den
 46 Empfänger*innenkreis zu vergrößern.

47
 48 Insbesondere die Wohnkostenpauschale deckt nur noch in sehr wenigen Städten die
 49 Miete eines durchschnittlichen WG- oder Wohnheimzimmers. Daher sollte sich die
 50 diese Pauschale an regionalen Maßstäben bemessen. Um eine staatliche Subvention
 51 privater Vermieter*innen zu verhindern muss zudem eine wirksame Mietpreisbremse
 52 eingeführt und der staatliche soziale Wohnungsbau ausgebaut werden.

53
 54 Der Bezug von BAföG-Leistungen ist auf die Dauer der sogenannten
 55 Regelstudienzeit begrenzt. Diese idealtypische Annahme geht an der
 56 Lebensrealität von Studierenden vorbei. Fast 30 Prozent der Studierenden
 57 studieren de facto in Teilzeit. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Rund zwei
 58 Drittel der Studierenden arbeiten neben dem Studium, ein wachsender Anteil
 59 Studierender hat mit gesundheitlichen Einschränkungen zu tun. Es gibt
 60 Studierende mit Pflegeaufgaben, Studierende mit Kind(ern) und ehrenamtlich
 61 Engagierte. Diese Vielfalt in den Lebensbedingungen von Studierenden muss sich
 62 in den BAföG-Regelungen durch eine Förderung für Teilzeitstudierende
 63 widerspiegeln.

64
 65 Nur 40 Prozent aller Studierenden schließen ihr Studium innerhalb der
 66 Regelstudienzeit ab, fast 90 Prozent gelingt dies in den folgenden vier
 67 Semestern. Eine Verlängerung von BAföG ist daher angebracht, um diese
 68 Finanzierungslücke zu schließen. Individuell muss eine Verlängerung darüber
 69 hinaus möglich sein, wenn Pflegeaufgaben geleistet werden müssen,
 70 gesundheitliche Einschränkungen die Studiendauer verlängern oder Studierende
 71 ehrenamtlich aktiv sind.

72
 73 Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement wird immer
 74 wieder betont. Es ist an der Zeit, dass dies auch bei der Ausgestaltung
 75 öffentlicher Förderinstrumente anerkannt wird. Dabei ist darauf zu achten, dass
 76 ausschließlich Engagement in demokratischen, nicht menschenfeindlichen
 77 Zusammenhängen förderrechtlich anrechenbar wird.

78
 79 Wer nach dem Bachelor in den Beruf einsteigt, um einige Jahre später einen
 80 Master an der Hochschule zu machen, kommt heute im BAföG kaum zum Zuge. Die
 81 Altersgrenze für die Aufnahme eines Studiums von 30 bzw. 35 Jahren
 82 (Masterstudiengang) schließt viele Menschen aus und verbaut vor allem beruflich
 83 Qualifizierten den Zugang zur Hochschule. Um tatsächlich als
 84 Breitenförderungsinstrument gelten zu können und Menschen ein Studium zu
 85 ermöglichen, muss die Altersgrenze fallen.

86
 87 **BAFÖG SCHRITTWEISE ZUM VOLLZUSCHUSS AUSBAUEN.**

88
 89 Viele junge Menschen, die sich für ein Studium interessieren, werden durch die
 90 entstehenden möglichen Schulden (bis zu 10.000 Euro allein durch BAföG) von der
 91 Aufnahme eines Studiums abgeschreckt. Dass eine Sozialleistung in Form eines
 92 Darlehens gezahlt wird, ist das größte Manko des BAföG. Es kann in dieser Form
 93 eben nicht jeder und jedem unabhängig vom sozialen Hintergrund den Weg an die
 94 Hochschule öffnen. Ganz im Gegenteil, je schlechter die finanzielle

95 Ausgangslage, desto höher die Schulden derjenigen, die auf BAföG angewiesen
 96 sind, wenn sie ins Berufsleben starten. Ein Vollzuschuss ermöglicht, dass sich
 97 Menschen aus einkommensschwachen Familien überhaupt für ein Studium entscheiden.
 98 Die schlechte aktuelle Förderquote ist nicht zuletzt dem geschuldet, dass BAföG
 99 bekommen auch immer Schulden machen heißt.

100
 101 Das BAföG verfehlt zurzeit seine Aufgabe diejenigen zu fördern, die eigentlich
 102 darauf angewiesen sind, dabei sollte es Herzstück einer umfassenden
 103 Studienfinanzierung für alle sein. Elitenförderung lehnen wir ab. Deshalb
 104 fordern wir die Abschaffung des Deutschlandstipendiums.

105
 106 Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Das heißt, die öffentlichen Ausgaben
 107 für Bildung und Forschung müssen schnellstmöglich und dauerhaft auf mindestens
 108 10 Prozent des BIP nach OECD-Standard erhöht werden. Wenn uns gesagt wird, die
 109 öffentlichen Kassen seien leer, können wir nur sagen: Nicht die Ausgaben sind zu
 110 hoch, sondern die Einnahmen zu niedrig. Die Ausfinanzierung des Bildungssystems
 111 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und gehört in öffentliche Hand. Dafür
 112 müssen Bund und Länder gemeinsam Sorge tragen.

113
 114 Für die dringend notwendigen BAföG-Reformen und das gesamte öffentliche
 115 Bildungssystem gilt: Bildungsgerechtigkeit ist nur zusammen mit
 116 Steuergerechtigkeit zu denken. Eine angemessene Besteuerung von Vermögen,
 117 Erbschaften, Finanztransaktionen und hohem Einkommen ist aus unserer Sicht
 118 unabdingbar. Mittelfristig muss die Bildungsfinanzierung insgesamt auf den
 119 Prüfstand. Bildung ist keine Ware. Gebühren sind deshalb nicht zu akzeptieren,
 120 egal ob an Kitas, Schulen, Hochschulen oder in der Ausbildung. Stattdessen
 121 brauchen wir eine starke öffentliche Förderung für alle Bildungsphasen. Fangen
 122 wir mit der BAföG-Reform an!

123
 124 FÜR HERKUNFTSUNABHÄNGIGES BAFÖG.

125 Ausländische Studierende werden nach wie vor strukturell ausgegrenzt. So müssen
 126 zusätzliche Belastungen wie Bewerbungsgebühren (z.B. uni-assist) und meist
 127 selbst zu finanzierende, zusätzlich benötigte Qualifikationen (z.B.
 128 Intensivdeutschkurse auf höchstem Niveau) selbst getragen werden. Das, obwohl
 129 ihre Einnahmesituation strukturell schlechter ist als die von Menschen mit
 130 deutschen Pass, da beim Zugang zu Fördermitteln vom Gesetzgeber nach Herkunft
 131 diskriminiert wird. Obwohl die Studierenden durchschnittlich weniger Geld zur
 132 Verfügung haben (Sozialerhebung des DSW) und finanzieller Druck ein häufiger
 133 Grund für schlechteren Studienerfolg ist - bis hin zum Studienabbruch - werden
 134 ausländische Studierende bislang mit wenigen Ausnahmen systematisch vom
 135 wichtigsten Förderinstrument, dem BAföG, ausgeschlossen.
 136 Daher muss das BAföG grundsätzlich auch ausländischen Studierenden als
 137 Förderinstrument offen stehen. Eine gerechte, diskriminierungsfreie
 138 Bildungspolitik darf sich nicht an rückwärtsgewandter Abstammungslogik
 139 orientieren. Für eine chancengerechte, freie Bildungspolitik ist daher ein
 140 herkunftsunabhängiges BAföG unabdingbar.

141
 142 FÜR EIN EUROPÄISCHES BAFÖG.

143
 144 Europa hatte das große Ziel mit Bologna einen gemeinsamen europäischen
 145 Bildungsraum zu schaffen, in dem der Zugang zu Bildung für alle vereinfacht

146 wird. Doch trotz einer Harmonisierung der Abschlüsse wurde nicht die gewünschte
147 Mobilität junger Menschen erzielt. Die Ausbildungsförderungen unterscheiden sich
148 stark in den europäischen Staaten – nicht überall haben deshalb junge Menschen
149 die gleichen Möglichkeiten. Ein Studium oder eine Ausbildung in einem anderen
150 europäischen Land ist trotz Erasmus, das nur wenigen zugutekommt, abhängig vom
151 Geldbeutel der Eltern.

152 Deshalb fordert Campusgrün ein europäisches Ausbildungsgeld – für alle, die an
153 europäischen Universitäten, Hochschulen und Schulen studieren, unabhängig vom
154 Pass und dem Einkommen der Eltern.

155

156 Europa muss sozialer werden und darf Menschen in prekären Lebenssituationen
157 nicht weiter gegeneinander ausspielen. Nach Artikel 14 der Europäischen
158 Grundrechtecharta hat jede*r das „Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur
159 beruflichen Ausbildung und Weiterbildung“. Dieses Recht darf nicht durch
160 fehlende finanzielle Möglichkeiten eingeschränkt werden.